

Martin Egger
Grossstadtrat FDP
Weinsteig 119
8200 Schaffhausen

eMail: martin-e@bluewin.ch

Grosser Stadtrat
E: 05.01.2026
Nr. 1/2026

Frau
Angela Penkov
Präsidentin des Grossen Stadtrates
Stadthaus
8201 Schaffhausen

Schaffhausen, 31. Dezember 2025

Motion: Stärkung der Governance bei den Städtischen Werken und den Verkehrsbetrieben Schaffhausen

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Ich bitte Sie, folgende Motion auf die Traktandenliste des Grossen Stadtrates zu setzen:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zur Änderung der Verordnung über:

- die Organisation und Geschäftsführung der Städtischen Werke Schaffhausen (RSS 7000.1) sowie
- der Organisationsverordnung der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (RSS 7400.0)

zu unterbreiten, mit dem Ziel, folgende Grundsätze festzusetzen:

1. Mitglieder des Stadtrats können weiterhin Einsitz in der jeweiligen Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen bzw. der Verkehrsbetriebe Schaffhausen nehmen.
2. Mitglieder des Stadtrats dürfen jedoch nicht das Präsidium oder das Vizepräsidium der jeweiligen Verwaltungskommission ausüben.
3. Das bedeutet konkret: Das Präsidium der Verwaltungskommissionen ist künftig aus dem Kreis der übrigen, nicht dem Stadtrat angehörenden Mitglieder zu besetzen.

Kurzbegründung

Die Stadt Schaffhausen verfügt mit den Städtischen Werken und den Verkehrsbetrieben über zwei Organisationen mit hoher finanzieller, strategischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Beide Organisationen operieren in komplexen regulatorischen, wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen. Dies setzt eine klare, zeitgemässe und belastbare Governance voraus.

Aktuell nehmen zwei Mitglieder des Stadtrats in den Verwaltungskommissionen der beiden Organisationen gleichzeitig:

- politische Verantwortung als Exekutivbehörde,
- strategische Verantwortung als Präsidenten der Verwaltungskommissionen
- Aufsichts- und Genehmigungsfunktionen

wahr.

Diese Kumulation von Rollen ist historisch erklärbar und rechtlich zulässig. Aus heutiger Governance-Sicht führt sie jedoch zu strukturellen Spannungsfeldern, die unabhängig von den handelnden Personen bestehen. Insbesondere lassen sich drei systemische Risiken identifizieren:

Selbstüberwachung

Wenn ein Stadtratsmitglied als Präsident der Verwaltungskommission strategische Entscheide vorbereitet, diese politisch mitträgt und in der Exekutive gleichzeitig deren Umsetzung, Genehmigung oder Aufsicht verantwortet, verschwimmen die Grenzen zwischen Führung und Kontrolle. Eine wirksame institutionelle Distanz – ein Kernelement guter Governance – ist damit nur eingeschränkt gegeben. Die Aufsicht über strategische Entscheide wird faktisch teilweise zur Aufsicht über das eigene Handeln.

Fehlende Eskalationsmöglichkeit

In Situationen mit Zielkonflikten, strategischen Differenzen oder erhöhtem Risiko fehlt eine klar getrennte Instanz, an welche die Verwaltungskommission unabhängig und glaubwürdig eskalieren kann. Wo Präsidium der Verwaltungskommission und politische Gesamtverantwortung in derselben Person zusammenfallen, wird Eskalation strukturell erschwert oder gar verunmöglicht, da sie innerhalb derselben Rolle verbleibt.

Unklare Verantwortungszuordnung und eingeschränkte Rechenschaftsfähigkeit

Die personelle Überlagerung von politischer Steuerung, strategischer Führung und Aufsicht erschwert es nach innen wie nach aussen, Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen. Für Parlament, Öffentlichkeit und übergeordnete Aufsichtsorgane wird weniger transparent, in welcher Rolle Entscheidungen getroffen wurden und auf welcher Ebene allfällige Korrekturen anzusetzen sind. Dies schwächt die Rechenschaftsfähigkeit der Institutionen und erhöht das Risiko von Verantwortungsdiffusion – selbst dann, wenn Entscheide fachlich korrekt und in guter Absicht gefällt werden.

Die vorliegende Motion stellt keine Kritik an der Arbeit oder Integrität der amtierenden Stadträte dar. Im Gegenteil: Sie anerkennt die hohe zeitliche und fachliche Belastung, welche mit der gleichzeitigen Wahrnehmung politischer und strategischer Führungsaufgaben verbunden ist. Ziel der Motion ist es, den Stadtrat institutionell zu entlasten, potenzielle Rollenkonflikte präventiv zu entschärfen und die Führungsgremien organisatorisch robuster aufzustellen.

Durch den weiterhin möglichen Einsitz von Stadtratsmitgliedern in den Verwaltungskommissionen bleibt die notwendige politische Anbindung und strategische Abstimmung gewährleistet. Gleichzeitig stärkt ein unabhängiges Präsidium die kollegiale Führung der Kommissionen, fördert die fachliche Perspektivenvielfalt und unterstützt eine klare Verantwortungszuordnung.

Die vorgeschlagene Anpassung ist somit eine moderate, sachliche und zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der bestehenden Governance, welche sowohl den Interessen der Stadt als Eigentümerin wie auch der Leistungsfähigkeit der betroffenen Organisationen dient.

Freundliche Grüsse



Martin Egger